

Wasserverbände prüfen den Ausstieg aus US-Leasing

Landes- und Bodensee-Wasserversorgung suchen Alternativen – Kosten bis 20 Millionen Euro drohen – Frist bis 14. Dezember 2008

STUTTGART. Die Zweckverbände Bodensee- und Landeswasserversorgung versuchen, aus den Cross-Border-Leasing-Verträgen auszusteigen. Unterdessen wird Kritik am Stuttgarter OB Wolfgang Schuster laut. Er ist der Vorsitzende beider Verbände.

Auf die Bodensee- und die Landeswasserversorgung kommen durch riskante Cross-Border-Leasing-Geschäfte möglicherweise Verluste in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro zu. Die Berichterstattung der Stuttgarter Zeitung von gestern (16. Oktober) hat die Landtagsopposition und Kommunalvertreter aufgeschreckt. In den Jahren 2001 und 2002 haben beide in kommunaler Trägerschaft befindlichen Zweckverbände ihre gesamte technische Infrastruktur für 688 Millionen US-Dollar beziehungsweise 841 Millionen US-Dollar an US-Investoren verkauft und mieten sie von ihnen zurück. Dafür bekamen die Verbände einen Barwertvorteil von 24 und 35 Millionen Euro ausbezahlt. Davon flossen jeweils rund 20 Millionen Euro in die Rücklagen.

Die beiden Wasserversorger müssen die Verträge mit dem inzwischen verstaatlichten Versicherungsriesen AIG (American International Group) umschichten, weil dieser inzwischen in seiner Bonität von den großen US-Ratingagenturen von der Bestmarke „AAA“ auf ein „A“ herabgestuft worden war. Dazu haben sich die Verbände vertraglich verpflichtet. Sie haben nun 90 Tage Zeit, einen neuen Partner zu finden. Die Frist begann am 15. September und endet am 14. Dezember 08. Seit Anfang Oktober läuft eine europaweite Ausschreibung.

Die Verbände werden wegen der Bankenkrise wohl weitere Sicherheiten beibringen müssen. Der Wert des beanstandeten Vertrages bei der Bodenseewasserversorgung (BWV) soll bei 60 Millionen Dollar liegen, ähnlich hoch soll der Ausfall bei der Landeswasserversorgung (LV) liegen. Die Kosten für die Umschichtung werden nach StZ-Informationen bei der BWV auf bis zu zehn Millionen Euro geschätzt. Ähnlich hoch wird die Transaktion bei der LV eingestuft. Hinzu kommen Anwaltskosten von bis zu zwei Millionen Euro. Bei beiden Verbänden werden zurzeit gleichzeitig mehrere Optionen geprüft, damit der Schaden gering gehalten werden kann. So wird überlegt, ob die Verbände als Sicherheit Bürgschaften hinterlegen können. „Auch über eine Vertragsauflösung denken wir nach“, sagte ein LW-Sprecher.

Verantwortlich für die Krise machen Kritiker den Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU). Dieser habe als Zweckverbandsvorsitzender beider Verbände die Cross-Border-Leasing-Verträge „massiv vorangetrieben“, sagte Werner Weber vom Stuttgarter Wasserforum. Diese Haltung teilen etliche Verbandsmitglieder, die sich durch die Dominanz der Stadt Stuttgart und der Energie Baden-Württemberg (EnBW) in Verwaltungsrat und der Verbandsversammlung übervorteilt fühlen.

OB Schuster sagte, die Zustimmung der Verträge habe in den Verbandsversammlungen bei 90 Prozent gelegen. Eine Bankenkrise habe niemand vorhersehen können. Die Verträge seien durch die Rechtsaufsicht beim Innenministerium detailliert geprüft worden. „Ich sehe da auch kein grundsätzliches Problem“, sagte Schuster. Dass nun neue Vertragspartner gesucht werden müssten, sei „unerquicklich“. Mit den Millionen aus dem Barwertvorteil habe man nötige Investitionen bestritten und den Anstieg des Wasserpreises dämpfen können. Zuletzt hatte die BWV den Wasserpreis Anfang Dezember 2007 um einen Cent angehoben. Weitere Erhöhungen „um wenige Cent“ schloss ein LW-Sprecher gestern nicht aus.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die CDU/FDP-Landesregierung unterdessen auf, riskante Geschäfte mit öffentlichen Geldern und öffentlicher Infrastruktur „künftig zu untersagen“. Sie will wissen, ob weitere Fälle bekannt sind, bei denen Gemeinden oder Verbände durch Cross-Border-Leasing-Geschäfte mit US-Investoren finanzielle Risiken drohen. Außerdem fragen die Sozialdemokraten, ob die Rechtsaufsicht bei derlei Geschäften ordnungsgemäß funktioniere.